

WIRTSCHAFT

Breuninger-Eigner wollen unter sich bleiben

Prozess Das Landgericht Stuttgart entscheidet gegen das bisherige Führungsduo und spricht dem früheren Stiftungs-Geschäftsführer Wolfgang Blumers eine Beteiligung an dem Kaufhaus zu. Van Agtmael und Meilicke kündigen Berufung an. *Von Michael Heller*

Rechtsanwalt Wolfgang Blumers hat nach einem Urteil des Stuttgarter Landgerichts Anspruch auf eine Beteiligung am Kaufhaus Breuninger. Die 22. Zivilkammer des Landgerichts sprach ihm zehn Prozent an der Zwischenholding BSG zu, die mit 80 Prozent an Breuninger beteiligt ist. Der Vorsitzende Richter Andreas Patschke sprach von einem Teilerfolg. Denn noch offen ist die Frage, ob und in welcher Höhe Blumers einen weitergehenden Anspruch auf Beteiligung an Gewinnen dieser Zwischenholding hat. Zunächst einmal hat er Anspruch auf Auskunft darüber, welche Aufwendungen und Gewinne bei Willem van Agtmael und Wienand Meilicke anfielen, als sie 2004 nach Auflösung der Breuninger-Doppel-Stiftung das Stuttgarter Kaufhaus übernahmen.

Van Agtmael und Meilicke waren damals ebenso wie Blumers Geschäftsführer der Stiftung. Ursprünglich war vorgesehen, dass alle fünf Geschäftsführer, zu denen auch noch Benno Stratmann und Theo Henselijn gehörten, Breuninger übernehmen sollten. Dieser Wille zur gemeinsamen Übernahme von Breuninger ist nach Ansicht des Gerichts klar ersichtlich gewesen. Dass Blumers im Jahr 2004 daran gehindert war, seinen Anteil zu übernehmen, weil seine Partner in der Anwaltskanzlei Gleiss Lutz dagegen waren, betrachtete das Gericht als unerheblich. Der Vorsitzende Richter: „Die Sache war damit nicht vom Tisch, sondern nur in die Zukunft verschoben.“

Wirtschaftliche Hindernisse für einen solchen Erwerb hätte es aus Sicht des Gerichts nicht gegeben. Patschke sprach davon, dass der Verkauf an van Agtmael und Meilicke zu einem Freundschaftspreis erfolgt sei – für 41,1 Millionen Euro. Der Aufwand sei durch die Stundung des Kaufpreises und durch Ausschüttungen effektiv noch beträchtlich gemindert worden. Als einziger der drei zu kurz gekommenen Ex-Geschäftsführer reichte Blumers Klage ein und verließ nun als Sieger den Gerichtssaal. Aufmerksamem Zuhörer war Benno Stratmann, der ebenso wie Theo Henselijn in dem Verfahren als Zeuge aufgetreten ist; beide sehen sich von Meilicke und van Agtmael ebenfalls getäuscht. Stratmann nannte das Urteil

Wolfgang Blumers hat womöglich auch Anspruch auf frühere Gewinne.

Wirtschaftliche Hindernisse für einen solchen Erwerb hätte es aus Sicht des Gerichts nicht gegeben. Patschke sprach davon, dass der Verkauf an van Agtmael und Meilicke zu einem Freundschaftspreis erfolgt sei – für 41,1 Millionen Euro. Der Aufwand sei durch die Stundung des Kaufpreises und durch Ausschüttungen effektiv noch beträchtlich gemindert worden. Als einziger der drei zu kurz gekommenen Ex-Geschäftsführer reichte Blumers Klage ein und verließ nun als Sieger den Gerichtssaal. Aufmerksamem Zuhörer war Benno Stratmann, der ebenso wie Theo Henselijn in dem Verfahren als Zeuge aufgetreten ist; beide sehen sich von Meilicke und van Agtmael ebenfalls getäuscht. Stratmann nannte das Urteil

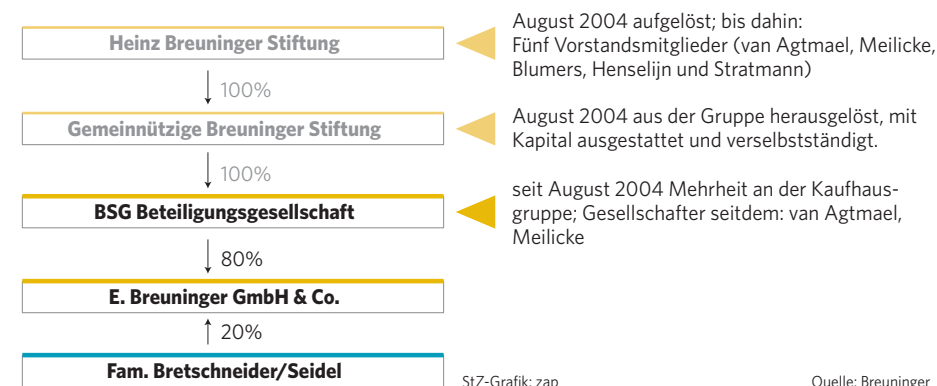


Dem Stuttgarter Kaufhaus stehen wieder unruhige Zeiten bevor.

Foto: Phillip Weingand

DER KAUFHAUSKONZERN UND SEINE EIGENTÜMER

Die Struktur der Breuninger-Gruppe



nach der Verkündung überraschend. Die Frage, ob er nun ebenfalls klagen wolle, ließ er unbeantwortet.

Van Agtmael und Meilicke reagierten enttäuscht: „Die Entscheidung des Gerichts ist für uns völlig unverständlich. Die Begründung erscheint uns sehr konstruiert und nicht nachvollziehbar. Wir werden auf jeden Fall in Berufung zu gehen und gehen davon aus, dass die nächste Instanz dieses fragwürdige Urteil korrigieren wird. Bis dahin ändert sich an den Besitzverhältnissen gar nichts.“ Blumers' Anwalt Alexander Burger aus der Sozietät Binz & Partner hofft dagegen auf einen Kompromiss: „Wir nehmen an, dass die Gegenseite jetzt das Gespräch mit uns su-

chen wird, um allen Beteiligten einen jahrelangen Zug durch die Instanzen zu ersparen – nicht zuletzt im Interesse des Unternehmens selbst, das ja immer wieder in den Schlagzeilen war.“ Seniorchef Mark Binz wies darauf hin, dass er bereits vor Prozessbeginn vorgeschlagen habe, als Ersatz für die 2004 aufgehobene Breuninger-Stiftung eine neue Stiftung zu errichten. Binz: „In diese sollte dann eine Mehrheitsbeteiligung an der Breuninger-Gruppe eingebracht werden, um dadurch den letzten Willen des Stifters Heinz Breuninger zu entsprechen.“ Heinz Breuninger habe das Kaufhaus nicht nur vor einer Übernahme, sondern auch vor Streit im Gesellschafterkreis schützen wollen.

Der Richter spricht von einem Freundschaftspreis

Unternehmenswert Schon früh gab es Zweifel, ob der Kaufpreis von 41,1 Millionen Euro für Breuninger realistisch war. *Von Michael Heller*

Das Urteil des Vorsitzenden Richters ist vernichtend ausgefallen. Als „Freundschaftspreis“ hat Andreas Patschke die 41,1 Millionen Euro bezeichnet, auf die sich die Beteiligten 2004 einigten, als es bei Breuninger zu einem spektakulären Besitzerwechsel kam. Das ist Wasser auf die Mühlen all derer, die das schon immer für viel zu wenig hielten. „Der tatsächliche Marktwert der Anteile hat etwa das Zehnfache betragen“, hieß es zum Beispiel in einer anonymen Anzeige gegen die Breuninger-Führung, die aber folgenlos blieb. Angeblich war es Helga Breuninger, die Tochter des 1980 verstorbenen Heinz Breuninger, die auf die Idee kam, das Schicksal ihrer gemeinnützigen Stiftung vom Wohlergehen des Stuttgarter Kaufhauses zu trennen.

Helga Breuninger steht noch immer zu ihrer Entscheidung, die Zwischenholding

BSG, die 80 Prozent der Anteile an Breuninger hält, an Willem van Agtmael, den langjährigen Chef, und an Rechtsanwalt Wienand Meilicke – ebenfalls lange in Breuninger-Diensten – zu übertragen: „Der Fall der Reimers Stiftung GmbH, die 2002 aufgrund der Insolvenz der Firma Reimers ihre Arbeit einstellen musste, war mir eine Warnung“, hat sie der StZ 2012 auf Anfrage geschrieben. Ihr Resümee: „Meine Entscheidung, an die beiden Personen zu verkaufen, in deren Verantwortung mein Vater das Unternehmen übergeben hatte, hat sich heute, acht Jahre danach, voll und ganz bewährt. Meiner Breuninger-Stiftung geht es hervorragend und die Firma blüht und gedeiht.“ Auch an der Höhe des Kaufpreises, der nach ihren Angaben durch ein Gutachten ermittelt und anschließend geprüft wurde, hat sie nie Zweifel gehegt: „Mit dem im

Gutachten ermittelten Kaufpreis war ich einverstanden.“ Zusätzlich zu den 41,1 Millionen Euro floss dank einer Nachbesserungsklausel in den Folgejahren zusätzlich Geld; angeblich in gleicher Höhe.

Bereits in den Jahren 2002 bis 2004 gab es Gespräche zwischen Kaufhauschef van Agtmael und dem Handelsunternehmen Peek & Cloppenburg über den Verkauf von Teilen des Unternehmens. Ohne die Immobilien und Kaufhäuser in Stuttgart, Sindelfingen und Ludwigsburg soll es da schon um 200 Millionen Euro gegangen sein. Van Agtmael hat das später als falsch bezeichnet. Dass es in den für Breuninger schwierigen Jahren Verkaufsverhandlungen gab, ist jedoch gewiss. Theo Henselijn, einst Mit-Geschäftsführer bei der Stiftung, hat im Prozess vor dem Stuttgarter Landgericht weitere Beispiele genannt. So stand auch eine Realteilung zur Diskussion. Van Agtmael und Meilicke hätten danach Immobilien und Kaufhausunternehmen getrennt und wären jeweils eigene Wege gegangen. Dazu ist es aber ebenso wenig gekommen wie zu

dem Engagement des Schweizer Migros-Konzerns, der zumindest schriftlich sein Interesse an Breuninger dokumentierte.

Mark Binz, dessen Kanzlei Wolfgang Blumers im Prozess vertreten hat, hielt das angebliche Gutachten mit dem 41,1-Millionen-Euro-Wert schon immer für ein Gefälligkeitsgutachten. Der Grund: Es wurde von derselben Prüfungsgesellschaft erstellt, die auch die Abschlüsse von Breuninger testiert hat. Binz hat argumentiert, dass sich Handelskonzerne nach der Umsatz-Multiplikatormethode bewerten lassen. Bei einem Multiplikator von 1,25 hätte sich ein Unternehmenswert von 485 Millionen Euro ergeben. Für völlig unterbewertet hielt Binz die Immobilien, die für 2004 auf etwa 390 Millionen Euro taxiert wurden. Nach Rechnung von Binz war damals ein Wert von deutlich über 800 Millionen Euro realistisch.

Breuninger ist mit elf Häusern in Deutschland vertreten; zuletzt wurde Düsseldorf eröffnet. Das Unternehmen hat etwa 5000 Mitarbeiter. 2012 wurden 516 Millionen Euro umgesetzt.

Kommentar

Zäsur bei Breuninger



Urteil Die Änderungen im Eignerkreis könnten bewirken, dass Geld aus dem Konzern abfließt. *Von Michael Heller*

Das Urteil des Stuttgarter Landgerichts bedeutet für das Kaufhausunternehmen Breuninger eine Zäsur. Gewiss, es ist noch nicht die letzte Instanz, die da entschieden hat. Aber die Argumentation des Landgerichts ist doch so klar und eindeutig, dass eine Umkehr in der nächsten Instanz eine faustdicke Überraschung wäre. So wird sich der Gesellschafterkreis von Breuninger nun erweitern: Der Rechtsanwalt Wolfgang Blumers wird dritter Gesellschafter der Zwischenholding BSG, die 80 Prozent an Breuninger hält. Nach dem Urteil des Landgerichts ist keineswegs ausgeschlossen, dass noch zwei weitere Gesellschafter hinzutreten werden; die früheren Stiftungsvorstände Benno Stratmann und Theo Henselijn könnten ebenfalls versuchen, sich einzuklagen. Ihre Chancen wären ebenso gut wie die von Blumers.

Nun sind solche Veränderungen im Kreise der Gesellschafter für jedes Unternehmen heikel, weil sie zu Verunsicherungen führen – zumal, wenn sich die Beteiligten nicht grün sind, so wie Blumers und die bisherigen BSG-Alleineigentümer Willem van Agtmael und Wienand Meilicke, die auch untereinander schon so manchen Strauß ausgefochten haben. Zu dritt sind nun Allianzen möglich, könnten sich zwei gegen den Dritten verbünden. Aber das ist zunächst einmal reine Spekulation. Grundsätzlich bieten die Veränderungen im Gesellschafterkreis die Möglichkeit, dem Willen des 1980 verstorbenen Heinz Breuninger stärker gerecht zu werden. Denn es ist schwer vorstellbar, dass die nach wie vor geheimnisumwitterte Auflösung der Doppelstiftung im Jahr 2004 die Billigung von Heinz Breuninger gefunden hätte.

Gleichwohl zeichnen sich Risiken für das Unternehmen ab, die eine mittelbare Folge der Änderungen im Kreis der Eigentümer wären. Denn womöglich hat Blumers auch Anspruch auf einen Anteil an den Gewinnen der letzten zehn Jahre. Das werden van Agtmael und Meilicke ihrem neuen Mitgesellschafter aus eigenen Mitteln kaum auszahlen können. Sie haben diese Gewinne gebraucht, um ihre Anteile überhaupt bezahlen zu können. So ist es wahrscheinlich, dass die Beteiligten versuchen werden, dem Unternehmen Geld zu entziehen, um die Ansprüche von Blumers zu befriedigen. Geld, das Breuninger im harten Wettbewerb der Handelsunternehmen besser zur Stärkung der eigenen Position investieren würde.

Vorerst kein Lokführerstreik

Tarifverhandlungen Bis Ende Januar schließt die Gewerkschaft Arbeitsniederlegungen aus.

Bahnreisende müssen vorerst nicht mit Verspätungen und Zugausfällen wegen Streiks der Lokführer rechnen. Nach einem neuen Bahn-Angebot für eine bessere Absicherung berufsunfähiger Mitarbeiter, hat sich die Gewerkschaft GDL zu weiteren Gesprächen bereit erklärt. Diese sollten spätestens Ende Januar beginnen. Bis dahin sei ein Arbeitskampf ausgeschlossen. GDL-Chef Claus Weselsky bemängelte, das Angebot enthalte viele Unklarheiten im Detail. Vor allem wendet sich die Gewerkschaft gegen die zwangsweise Versetzung von Lokführern, wenn in der Region Verkehrsaufträge verloren gehen.

GDL und Bahn verhandeln seit gut zwei Jahren über einen Zukunftsvertrag. Die GDL stellte dabei vor allem die Lage berufsunfähiger Mitarbeiter, etwa nach Selbstmorden auf den Gleisen, in den Mittelpunkt. Sie verlangte daher eine von der Bahn bezahlte Versicherung, die für das Einkommen der Lokführer bis zum Ende des Berufslebens aufkommt. Die Bahn reagiert mit einem Angebot, wonach das bisherige Lohnniveau bei einer anderen Aufgabe in der Bahn erhalten bleibt. Wer eine zumutbare Stelle innerhalb des Konzerns ablehne, könne mit einer Abfindung gehen. Diese sichere dann drei Jahre lang 80 Prozent des Nettolohnes. Obwohl die GDL darauf verzichtet habe, biete man weiter allen Eisenbahnern einen Schutz vor betriebs- und gesundheitsbedingten Kündigungen an. Die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) vertritt rund 20 000 Lokführer. rtr

Landtagsausschuss

Warnung vor Angriff auf Werkverträge

Die Arbeitgeber sagen der großen Koalition einen massiven Beschäftigungsrückgang voraus, wenn sie Werkverträge und Zeitarbeit begrenzt. Derzeit sei man am Arbeitsmarkt auf dem Höhepunkt, so dass es eine Rückwärtsentwicklung geben werde, sagte Peer-Michael Dick, Hauptgeschäftsführer von Südwestmetall, vor dem Sozialausschuss des Landtags. „Je mehr eingegriffen wird, desto schneller wird es gehen.“ Im Visier hat er den Koalitionsvertrag, in dem Union und SPD Werkverträge und Leiharbeit auf ihre Kernfunktionen beschränken wollen. Laut Dick bestehen in der Metallindustrie geschätzt 800 000 Werkvertrags- und 200 000 Zeitarbeitsverhältnisse; gesicherte Daten gibt es nicht.

Daimler-Gesamtbetriebsratschef Erich Klemm forderte von der Politik mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und warnte vor Verhältnissen wie bei Lufthansa oder Bahn. Der Tarifrieden sei in Gefahr, wenn die Gewerkschaften unterschiedlicher Branchen immer neue Tarifrunden auf dem Werksgelände austragen würden. Klemm zufolge wandelt Daimler in Sindelfingen 1200 Arbeitsverhältnisse in Leiharbeit oder Festanstellungen um sowie in Untertürkheim 1000 Stellen. Ziel sei es, mehr Rechtssicherheit zu bekommen. ms

Wachstum

Industrie für 2014 sehr zuversichtlich

Die Industrie rechnet für 2014 mit einem kräftigen Anziehen der Konjunktur in Deutschland. „Es ist durchaus möglich, beim Wachstum eine Zwei vor dem Komma zu schaffen“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Ulrich Grillo, in Berlin. Damit wäre das Plus bei der Wirtschaftskraft fünfmal so groß wie 2013 mit nur 0,4 Prozent. Das weltwirtschaftliche Umfeld helle sich auf und die Eurozone komme aus der Rezession. „Der wachsende Welthandel wird unsere Exporttätigkeit beleben“, hieß es. Hinzu komme, dass es für die Unternehmen wieder mehr Anreize gebe zu investieren. 2013 hatten die Firmen mit Ausgaben geizigt und so die Konjunktur gebremst. rtr

Kontakt

Wirtschaftsredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 11
E-Mail: wirtschaft@stz.zgs.de